Wilsdruffer Nachrichten

Tageblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: **Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.**

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt frei ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Mk. 2.—. Für unverlangt eingehende Manuskripte ist Rückporto beizufügen, andernfalls übernehmen wir keine Garantie. Verlag: Wilsdruffer Nachrichten, Wilsdruff i. Sa. Druck: Clemens Landgraf Nachfolger, Freital. Leitung der Redaktion: Willbald Stolle, verantwortlich für den Textteil: Ernst Braun, beide in Freital. für Anzeigen: Albert Schiller in Wilsdruff. Wir behalten uns aus technischen Gründen ausdrücklich das Recht vor, Anzeigen aus den Wilsdruffer Nachrichten auch in anderen Zeitungen unseres Verlages abzudrucken.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff
Dresdner Straße 62 • Fernsprecher: Nr. 445

Der Anzeigenpreis beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Reklamen die viergespaltene Petitzeile 50 Pfg. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig, bei verspäteter Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt bei verspäteter Zahlung, Klage oder Konkurs des Auftraggebers. Für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für die Richtigkeit von Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, wird keine Garantie übernommen. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Lesegeldes. Erfüllungsort: Wilsdruff.

Die französische Kabinettskrise noch nicht gelöst

Painlevé lehnt ab

Der Präsident der Republik hat Ostersonntag mittag 1 Uhr 30 Minuten den Kammerpräsidenten Painleve berufen und ihm den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angeboten. Der Präsident der Kammer dankte für diesen ehrenvollen Auftrag, erklärte aber, die Besuche, die er vorgestern erhalten habe, und die dabei gewonnenen Eindrücke hätten ihm die Ueberzeugung beigebracht, daß er sehr bald auf die gleichen parlamentarischen Hindernisse stoßen würde, auf die die Regierung Herriots trotz der von ihr geleisteten Dienste gestoßen sei. Um eine dauerhafte Entspannung zwischen Kammer und Senat herbeizuführen, sei nach seiner Ansicht notwendig, daß der zukünftige Ministerpräsident gewiß ein ausgesprochen linksstehender Politiker sein müsse, aber einer, der viel weniger als er, Painleve, an den politischen Kämpfen der letzten Jahre beteiligt gewesen sein. Hierauf hat der Präsident der Republik den Abgeordneten Aristide Briand ins Elysee berufen.

Briand erhält Auftrag und sucht Fühlung mit den Sozialisten

Der Präsident der Republik hat dem Abgeordneten Aristide Briand die Kabinettsbildung angetragen. Briand erklärte ausdrücklich, daß er diesen Auftrag nur durchführen könne, wenn es ihm ermöglicht werde, sich auf die Mehrheit zu stützen, die sich aus der Wahl vom 11. Mai ergeben habe. Aus diesem Grunde hat Briand sofort, nachdem er das Elysee verlassen hatte, mit Herriot als dem ehemaligen Vorsitzenden der Radikalen Partei verhandelt. Unmittelbar nach dieser Besprechung hat Briand den Wunsch geäußert, baldigst mit dem Vorstand der radikalen und der sozialistischen Kammerfraktion verhandeln zu können. Um 8 Uhr nachmittags hat die Beratung Briands mit dem Vorstand der sozialistischen Kammerfraktion begonnen. Die Konferenz war um 4,40 Uhr beendet. Wie Havas berichtet, erklärte Briand, daß er entschlossen sei, sich nur auf die Mehrheit vom 11. Mai zu stützen, deren Elemente restlos die Verantwortung für die neue Regierung übernehmen müßten. Briand hat also nicht nur die Unterstützung der Sozialistischen Partei erbeten, sondern auch die Frage ihrer Beteiligung am Kabinett aufgerollt. Die Vertreter der Kammerfraktion antworteten, daß sie kein Mandat hätten, auf diese beiden Fragen zu antworten, daß sie vielmehr verpflichtet seien, dem Nationalrat der Partei, also dem erweiterten Vorstand, die Entscheidung hierüber zu überlassen. Dieser ist auf Dienstag zusammenberufen worden. Nach Beendigung der Konferenz mit den Sozialisten besprach sich Briand mit dem Vorstand der radikalen Kammerfraktion. In den Wandelgängen der Kammer wird erzählt, im Laufe dieser Beratung solle weniger vom politischen Programm der neuen Regierung, als von deren Zusammensetzung die Rede gewesen sein, da sich über ersteres mühelos eine Einigung erzielen lassen werde. Briand habe erklärt, Painleve hätte sich mit einer Unterstützung der Sozialisten begnügen können, er aber müsse ihre direkte Mitarbeit verlangen. Im Falle, daß der Präsident der Republik die von Briand eingeleitete Politik im Laufe der heute abend stattfindenden Unterredung billigt, wird also angesichts der Einberufung des Nationalrates der Sozialistischen Partei auf Dienstag die Lösung der Kabinettskrise um zwei Tage hinausgeschoben werden.

Um 7 Uhr hat sich Briand ins Elysee begeben und dem Präsidenten der Republik Bericht erstattet über die Verhandlungen, die er im Laufe des Nachmittags geführt hat. Die Unterredung dauerte ungefähr 30 Minuten. Beim Verlassen des Elysee erklärte Briand den Journalisten, bei der augenblicklich ernsten Lage könne er nur ein Ministerium bilden, in dem jede Gruppe des Kartells der Linken, also auch die Sozialdemokraten, vertreten seien. Am Montag vormittag werde er die finanzielle und wirtschaftliche Lage prüfen, er hoffe, dem Präsidenten alsdann um 12 Uhr gute Nachrichten überbringen zu können. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es unmöglich, ein Ministerium zu bilden, bevor man nicht alle Fragen erschöpft und sich einer sicheren und dauerhaften Mitarbeit versichert habe.

Briand bei Boncourt

Briand hatte gestern eine Unterredung mit dem sozialistischen Abgeordneten Paul Boncourt, mit dem er, wie berichtet wird, sich insbesondere über das Sicherheits- und Entwaffnungsproblem sowie über die Rückwirkungen unterhielt, die die Verabschiedung der ins Auge gefaßten Lösung auf die militärische Organisation in Frankreich haben könnte.

Die Frage der sozialistischen Beteiligung

Briand soll nach einem Bericht der Agentur Havas den Mitgliedern der demokratischen Linken im Senat gestern nachmittag erklärt haben, die Frage der sozialistischen Beteiligung sei ernst. Echo de Paris will sogar den Eindruck gewonnen haben, daß ohne deren Beteiligung Briand die Kabinettsbildung nicht durchführen werde. Alsdann müßten die Radikalen eine Entscheidung treffen, denen man offenbar, wenn die Sozialisten sich weigern, mit Briand zusammenarbeiten, die ganze Verantwortung für die Lage aufhalsen wolle. Sollte Briand die Bildung des Ministeriums ablehnen und Painleve bei seiner Weigerung beharren, dann, so nimmt das in der Opposition stehende Blatt an, wäre das Kartell der Linken erledigt.

Verfalltag!

Die Morgenblätter betonen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage rasche Entschlüsse fordert. Journal bemerkt, am 15. April sei ein Verfalltag, an dem die Bedürfnisse des Handels und der Industrie befriedigt und außerdem etwa 400 Millionen Frank zur Zahlung der Beamtengehälter bereitgestellt werden müßten. Schon Finanzminister de Monzie habe sich mit diesem Verfalltag beschäftigt und dem Gouverneur der Banque de France das Versprechen gegeben, die Frage des Notenumlaufes bis dahin zu ordnen. Der Gouverneur der Banque de France habe sich geweigert, andernfalls die übliche Wochenbilanz am Donnerstag zu veröffentlichen, und habe sogar mit seiner Demission gedroht.

Die französische Kabinettskrise und das Sicherheitsproblem

Der diplomatische Berichterstatter der Londoner Sunday Times schreibt zur französischen Ministerkrise, nach britischer Auffassung würde ein nationalistisches Kabinett unter Millerand-Maginot oder Poincaré und Maginot den Tod für die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem bedeuten, da die genannten Staatsmänner sich bereits gegen einen Pakt, an dem Deutschland beteiligt sei, erklärt hätten, während das britische Kabinett jedes einseitige Bündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien abgelehnt habe.

Aehnlich schreibt der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph, in britischen Kreisen herrsche der Eindruck, daß die Aussicht auf einen erfolgreichen Ausgang der Sicherheitsverhandlungen eng mit der Bildung einer Regierung in Frankreich, die ihre Hauptunterstützung von links erhalte, verbunden sei, wobei die Zusammensetzung des Kabinetts weniger wichtig sei.

Blitzschlagkatastrophe in Königstein

3 Tote und 23 Verletzte

Die Festung Königstein wurde am zweiten Feiertag der Schauplatz einer schweren Blitzkatastrophe. Ein gegen 4 Uhr nachmittags über der Sächsischen Schweiz aufziehendes Gewitter entlud sich, elbabwärts ziehend, gerade über der Festung, ohne daß starke Regenfälle zu einer Flucht vor dem Unwetter nötigten. So kam es, daß ein Blitz eine Gruppe von Besuchern der Festung traf, die sich unter Leitung des Führers gerade auf der sogenannten Königsnase befand. Sämtliche 30 Personen der Gruppe wurden sofort zu Boden geworfen und waren betäubt. Nach Ueberwindung des ersten Schreckens stellte es sich leider heraus, daß die Wirkung des Blitzstrahles noch viel entsetzlicher war. Der Blitz hatte zunächst eine alte Eiche, getroffen, unter der sich die Gruppe aufhielt. Der Stamm dieses Baumes war von einem Eisengitter umgeben, an dem sich drei Personen festhielten. Sie wurden sofort getötet. Die übrigen 23 Personen wurden alle verletzt, glücklicherweise nur leicht. Eine Pionierabteilung, die zurzeit auf der Festung weilt, sowie der zufällig anwesende Dresdner Arzt Dr. Hänel leisteten die erste Hilfe. Bald trafen auch die Königsteiner Sanitätskolonne und mehrere Aerzte ein. Mittels Fahrstuhls, Privatautos und eines großen Gesellschaftsautos wurden die Verletzten den Krankenhäusern von Königstein und Pohna zugeführt. Die leichter Verletzten wurden nach ihren Wohnorten gebracht. Ein Augenzeuge schildert den Vorgang folgendermaßen: Da eine Unterbrechung der Führung nicht notwendig erschien, weil es nicht regnete, wurde die zusammenstehende Gruppe so schwer getroffen. Wie nach dem Einschlag einer Granate sah die Unglücksstelle aus. Die Leute lagen mit zerfetzten und verbrannten Kleidern umher. Der lahme Führer nahm sich sofort der Verletzten an. Die drei Getöteten waren sofort an Herzlähmung gestorben. Die Lähmungserscheinungen der Verletzten behoben sich zum größten Teil bald, nachdem sie im Lazarett gebettet und erfrischt worden waren. Soweit Brandwunden zu verzeichnen sind, sind diese nicht lebensgefährlich. Eine junge Frau hat allerdings stärkere Brandwunden erlitten. — Der Blitzstrahl wird von anderen Zeugen des Unglücks als außerordentlich stark bezeichnet. Er soll sich stark verzweigt und solche Kraft besessen haben, daß er einen 50 Kg. schweren Gesteinsblock einfach aushob und Teile davon absplitterte. Das Gewitter war ein sogenanntes Trockengewitter, ohne Regenfälle.

Königstein, 13. April. Bei dem Blitzschlagunglück auf der Festung Königstein wurden getötet: Johannes Groschwitz aus Lengefeld i. Erzgeb.; Hermann Großmann, Breslau, Viktoriastraße 94; Frau Martha Görlitz aus Pirna, Moltkestraße 11.

Verletzt sind 23 Personen, die meisten leicht. Die Namen der Verletzten sind: Willy Franz, Chemnitz, Kochstr. 21; Frl. Lotte Trültzsch, Dresden, Bärensteiner Straße 28b; Frl. Lotte Drechsel, Chemnitz, Neuestr. 50; Herr und Frau Daniel, Cunewalde bei Bautzen; Frl. Lehmann, Oberpurkau bei Bischofswerda; Frl. Hilde Eisenreich, Oberrittersgrün i. Erzgeb.; Singer, Dresden, Kronenapotheke; Herbert Steinke, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 86; Herr und Frau Leonhardt, Frl. Helene Leonhardt, Sohn Hans Leonhardt, Mockethal bei Pirna; Oskar Brüsel, Leipzig, Breite Straße 8; Herr Albert und Frau Meta Röstel, Schandau, Kirchstraße 16; Richard Schmidt, Frau Frieda Schmidt, Tochter Edith Schmidt, Dresden, Elisenstraße 28; Hugo Richter, Pohna bei Pirna; Frau Johanna Hagenuß, Leipzig, Schönebergerstraße 71; Kurt Oertel, Leipzig, Dresdner Straße 74; Hoffmann, Dresden, Zwickauer Straße.

Deutschland und der Sturz Herriots

Der Rücktritt der französischen Regierung Herriot ist das Anzeichen einer neuen Wendung der außenpolitischen Lage, die zweifellos nach der deutschen Präsidentenwahl in ein entscheidendes Stadium eingetreten wäre, wenn nicht jetzt in Frankreich ein mit all seinen Komplikationen verbundener Regierungswechsel bevorstände. Man ist in Deutschland bisher immer gewillt gewesen, Herriot als den Exponenten einer Politik zu betrachten, welche die Herbeiführung einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebt. Die Aera Herriots hat zwar nicht zu einer Lösung der Probleme geführt, aber sie hat auch auf das sorgfältigste vermieden, neue Sanktionen oder Gewaltmethoden gegenüber Deutschland anzuwenden. Sollte Herriots Nachfolger etwa der Poincaré-Gruppe nahestehen, so würde man in Deutschland allen Grund haben, der Entwicklung der Dinge mit starken Besorgnissen entgegenzusehen.

Zur Stunde will man in den Berliner maßgebenden außenpolitischen Kreisen noch nicht recht glauben, daß Herriot durch seine Niederlage im Senat schon völlig erledigt ist. Man erwartet daher eine Wiederkehr des bisherigen französischen Kabinetts oder zum mindesten die Bildung einer gemäßigten Rechtsregierung unter Briand, der jetzt Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten hat und Fühlung mit den Sozialisten sucht. Der Sturz Herriots muß jedoch insofern in Deutschland einen unangenehmen Eindruck hervorrufen, als gerade in den letzten Wochen die Möglichkeit eines Einlenkens Frankreichs in der Sicherheitsfrage bestanden hat. Daß jetzt etwa wieder ein Kabinett Poincaré ans Ruder kommen könnte, hält man jedoch in den Berliner außenpolitischen Kreisen für nahezu ausgeschlossen.

Die Rückwirkungen der französischen Regierungskrise werden sich zunächst darin bemerkbar machen, daß die Erörterung der Sicherheits- und der Räumungsfrage gänzlich zum Stillstand kommen wird. Schon seit dem offenen Ausbruch der Krise zeigte sich, daß Frankreich bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge gar nicht in der Lage war, die außenpolitischen Verhandlungen fortzusetzen, zumal da die Aufmerksamkeit der französischen politischen Kreise völlig von der Innenpolitik in Anspruch genommen wurde.

Es wird voraussichtlich längere Zeit dauern, ehe Frankreich wieder über eine verhandlungsfähige Regierung verfügt und bis dahin kann sich die außenpolitische Lage noch ernster gestalten als sie ohnehin jetzt schon ist. Auf jeden Fall eröffnet sich jetzt ein für Deutschland sehr ungünstiges Stadium, indem die Lösung der sehr wichtigen Probleme hinausgezögert und verschleppt wird, sodaß auch die Räumung der nördlichen Rheinlandzone erneut völlig in der Luft schwebt.

Die weitere Entwicklung der französischen Politik hängt jetzt davon ab, ob es dem Linkskartell gelingen wird, die Regierungsbildung wieder in die Hand zu nehmen. Augenblicklich hat es den Anschein, als sei diese Möglichkeit nicht vorhanden, und als müsse die Partei Herriots Anschluß an die Kreise Poincarés suchen, die weit bis in die Mitte hinein reichen und die alle Kräfte daran setzen, die Wiederkehr einer Linksregierung zu verhindern. Vorläufig besteht, nachdem Painlevé abgelehnt hat und Briand noch mit der Erledigung des ihm erteilten Auftrages zur Kabinettsbildung beschäftigt ist, über die französische Krise noch weiter-

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF